

ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024

*Antragsteller*in: Karl Koch*

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen

A10: Waffen verhindern Zukunft

Antragstext

1 Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und durch nichts zu
2 verantworten. Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine, aber auch
3 mit den Betroffenen in Russland, wie z.B. den Wehrpflichtigen, die ohne
4 Zustimmung und ohne Alternative an der Front zu Tausenden verletzt und getötet
5 werden. Die Ukraine befindet sich in einer Notwehrsituation, und für uns stellt
6 sich nicht die Frage nach dem Recht oder sogar der Pflicht zur Nothilfe, aber
7 sehr wohl zu deren Grenzen.

8 Mit ständig erhöhten Waffenlieferungen wird der Krieg nur verlängert und das
9 damit verbundene Leid auf beiden Seiten vergrößert. Die Gefahr einer Ausweitung,
10 im worst case bis zur atomaren Eskalation, wächst mit jedem Tag der
11 Kriegsführung weiter.

12 Wir kritisieren nicht die rechtlich erlaubte und politisch gebotene
13 Unterstützung der Ukraine bei ihrer Selbstverteidigung. Wir kritisieren die
14 Kurzsichtigkeit der konzeptionslosen westlichen Bündnisstaaten, die durch das
15 Fehlen jeder eigenen und rechtzeitigen Initiative angesichts der Barbarei des
16 Krieges, dessen festgefahrenes und perspektivloses Andauern somit
17 mitverantworten.

18 Gebraucht werden – dringender denn je – diplomatische Initiativen für ein
19 schnellstmögliches Ende der Kampfhandlungen und für einen dauerhaften Frieden
20 mit Russland, der auch den ukrainischen Forderungen genügt.

21 Mit der von Scholz in Washington ohne jegliche demokratische Rückendeckung
22 „genehmigten“ Raketen- und Marschflugkörperstationierung wird die
23 Sicherheitslage in Deutschland und Mitteleuropa verschlechtert, nicht verbessert

24 und die Spannungen weiter erhöht.

25 Wir fordern daher von unserer Regierung, unserer Fraktion und unserer Partei,
26 sich für Rüstungskontrolle und diplomatische Aktivitäten gegenüber allen
27 Beteiligten an diesem Konflikt mit dem Ziel einer friedlichen Lösung
28 einzusetzen. Es ist die Aufgabe der Politik, permanent nach realistischen
29 Ansätzen für einen Verhandlungsfrieden und Entspannung und Abrüstung zu suchen.

Begründung

Folgt mündlich